

# Pulsnitzer Tageblatt

Preisprophet 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz  
Postk. Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst auf jedem Werktag  
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstalten, hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Vichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. F. Dröter & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 246

Freitag, den 19. Oktober 1928

80. Jahrgang

## Amthlicher Teil.

Zur Durchführung des von der Motorradfahrer-Sportgemeinschaft Groß-Dresden am Sonntag, den 21. Oktober 1928 im Gelände des Truppenübungsplatzes Königsbrück geplanten Motorradrennens — 8. Deutschen Meisterschaftslaufes für Kraftfahrer — das von der Amtshauptmannschaft Bautzen genehmigt worden ist, macht sich die Sperrung folgender Straßen bes. Straßensperrungen am 21. Oktober 1928 in der Zeit von 8,30 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags für allen Fahr-, Reit- und Fußgängerverkehr erforderlich:

1. Staatsstraße Königsbrück—Schmorkau—Schwepnitz (der Durchgangsverkehr wird über Weißbach—Gottschalks Dorf verlaufen),
2. die bei Durchführung des Rennens benötigten Strecken:  
a) die nach Reisholz führende Straße von der Abzweigung von der Staatsstraße hinter Schmorkau an bis zur Kreuzung mit der Straße Schwepnitz—Kohna,  
b) die Straße Schwepnitz—Kohna,

- c) die Straße Krakau—Steinborn,
  - d) die Straße Steinborn—Schmorkau
- und alle die ebengenannten Straßen kreuzenden Straßen und Wege, außerdem die Straße Bohra—Steinborn, die Straße Königsbrück—Steinborn.

Zur Anfahrt und zum Anmarsch zum Rennen bleiben für die Besucher des Rennens die Staatsstraße Königsbrück—Schmorkau bis nach Schmorkau und die übrigen an die Rennstrecke heranführenden Straßen und Wege offen.

Den Anweisungen der Polizeiposten und der sonstigen Absperrungsmannschaften, die, soweit nicht uniformiert, durch Armbinden kenntlich gemacht sind, ist allenthalben Folge zu leisten.

Der Verkehr auf den gesperrten Straßen darf erst nach ausdrücklicher Freigabe durch die aufgestellten Absperrungsposten wieder aufgenommen werden, falls das Rennen wider Erwarten bis 12 Uhr mittags noch nicht beendet sein sollte.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 18. Oktober 1928

## Das Wichtigste

Der Reichstag soll am 13. November seine Sitzungen wieder aufnehmen. Der Schulkreuzer „Berlin“ ist am 16. d. M. von Batavia nach Sa- bang ausgelaufen, wo er am 21. d. M. eintreffen soll. Wie verlautet, verhandelt Dr. Edener über einen 14 Millionen Dollar-Kredit für den Bau neuer Luftschiffe. Freiherr v. Hülsenfeld ist kurz vor Tokio notgelandet.

## Vertliche und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Auto-Verbindung.) Am Sonntag, den 21. ds. Mts. findet eine außergewöhnliche Fahrt zwischen Pulsnitz und Kamenz statt. Das Postauto verläßt Kamenz 14 Uhr, ist in Pulsnitz 14,30. Ab Pulsnitz 14,45, in Kamenz 15,15.

— (Unfall des Kraftwagens der Gilinie Bischofswerda—Dresden in Hauswalde.) Das von Bischofswerda um 10 Uhr abfahrende Auto der Gilinie erlitt gestern in der unteren Hälfte der S-Kurve im Anfang von Hauswalde gegen 10,15 Uhr einen Unfall. Der Führer des verunglückten Kraftwagens gab folgende Schilderung: „Als ich die S-Kurve nach Hauswalde, die nach dem Dorfe zu stark abfällt, hinunterfuhr, bemerkte ich, daß zwei Personenwagen hintereinander in schnellem Tempo mir entgegenkamen. Ich gab Signal und bremste meinen Wagen sofort ab. Dabei kam dieser (infolge der durch Regenwetter schlüpfrig gewordenen Straße) ins Rutschen und geriet mit dem rechten hinteren Teil des Wagens an einen Straßbaum, der stark beschädigt wurde, prallte von ihm ab und schleuderte den hinteren Teil des Wagens nach links zur Straßmitte zu. Der vordere Teil geriet sodann durch Rutschen in den rechten Straßengraben, wobei er noch die Haus- ecke des Grundstückes Nr. 111 stark beschädigte.“ Der Bericht eines Mitreisenden, der auf dem Platz neben der vorderen Wagentür saß und deshalb die vor ihm liegende Straße gut sehen konnte, deckt sich im wesentlichen mit dem des Kraft- wagenführers. Nach Ansicht des Mitreisenden trifft den Führer des Omnibusses keine Schuld. Von den Insassen des Wagens wurden drei durch Glassplitter verletzt, ein Mitreisender erlitt infolge des Anpralles des Wagens an die Haus- ecke eine leichte Stoßverletzung am linken Auge. Der Autobus zeigt starke Beschädigungen. Gerade diese stark abfallende S-Kurve muß zu besonders vorsichtigem Fahr- ren ermahnen, ist doch nicht einmal die rechte Außenfette im unteren Teil der Kurve überhöht, wie es eigentlich die Ge- fährlichkeit der Kurve erfordert — im Gegenteil, das Stück Kurve, an dem der Autobus an die Haus- ecke anprallte, fällt nach dem Straßengraben zu ab. Uebrigens beträgt die Breite der Straße an dieser Stelle nur 6 Meter. Diese Stelle bildet für den Kraftwagenverkehr ohne Zweifel eine große Gefährdung, sodaß wohl entsprechende Maßnahmen erwartet werden dürfen.

**Kamenz.** (Wochenmarkt.) Auf dem gestrigen Wochenmarkt kosteten u. a. Blumenkohl 20—60, Spinat 30, Zwiebeln 20, Bohnen 50, Kartoffeln 6 und 7, Rotkraut 20, Weißkraut 15, Tomaten 30—35, Pflaumen 35, Birnen 10 bis 25, Äpfel 20—40, Pfirsiche 60—80, Wein 45—50, Söllvunder 20 Pfg. das Pfund, Möhren 20 Pfg. das Bündel, schwarze Rettiche 10, frische Kohlrabi 5—10 Pfg. das Stück. Gänse 1,10 und 1,20 das Pfund. — Auf dem Viehmarkt gab es einen Anstieb von 6 Rindern.

**Bautzen.** (Keine Betriebs-Ausnahme im Baugener Kupferwerk.) Die Vertrauenspersonen

## Beibehaltung oder Abschaffung der Todesstrafe?

Der Reichsjustizminister gegen die Todesstrafe

Der künftige Zeppelin-Hafen in der badischen Rheinebene — Die Berliner Blätter zur Unterbrechung der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen — Friedensfundgebung der europäischen Friedensunion in Locarno — Bisher 46 Tote des Prager Bauunglücks — Ein siebenstögiger Neubau in Paris eingestürzt

Berlin. Im Reichstagsausschuß für Straf- rechtsreform begannen die Beratungen über den Ab- schnitt, der sich mit den Strafen im neuen Strafgesetzbuch befaßt. § 35 lautet: „Die Strafen sind Todesstrafe, Freiheitsstrafen und Geldstrafen.“ § 34 führt die Freiheits- strafen auf: „Freiheitsstrafen sind Zuchthaus, Gefängnis und Einschließung.“ In einem einleitenden Vortrag führte der Vorsitzende, der volksparteiliche Abgeordnete D. Dr. Kah- laus, daß die Reichsregierung bei den Beratungen im frü- heren Reichstag betont habe, sie halte die Zeit für die Ab- schaffung der Todesstrafe für noch nicht gekommen.

### Reichsjustizminister Koch

erklärte, daß er sich als ein Freund der Abschaf- fung der Todesstrafe bekenne. Die Verhängung der Todesstrafe gegen einen Schuldlosen, die selbst beim besten Prozessverfahren und beim besten Richterpersonal nicht voll- kommen auszuschließen sei, müsse als fürchterliches Unglück angesehen werden. Der Grund, daß die Todesstrafe ab- schreckend wirke, sei nicht durchschlagend. Für Zeiten außerordentlicher Gefahr könne der Staat aller- dings auf die Todesstrafe nicht verzichten. Die Bevölkerung Deutschlands sei nicht verbrecherischer und un- moralischer als diejenige anderer Staaten Europas, in denen die Todesstrafe abgeschafft sei. Auch Desterreich habe die Todesstrafe abgeschafft. Niemand im Ausschuß wüßte, daß die Einigung mit Desterreich über ein einheitliches Straf- gesetzbuch an dieser Frage scheiterte.

### Die Stellungnahme der Parteien.

In der Aussprache begründete der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld den Antrag seiner Partei auf Abschaffung der Todesstrafe. Der Kommunist Hölle in stellte fest, daß der Reichsjustizminister nur in seinem Namen gesprochen habe, er habe aber nicht sagen können, ob das Reichstabinett auf dem Boden seiner Erklärung stehe. Er erklärte, seine Fraktion fordere folgende grundsätzliche Fassung des § 33: „Die Todesstrafe, die Zuchthausstrafe und lebenslängliche Freiheitsstrafe werden abgeschafft.“ Der Abgeordnete Em- minger von der Bayerischen Volkspartei begründete einen Antrag, dem § 33 einen zweiten Absatz mit folgendem Wort- laut zu geben: „An Täufern, die bei Begehung der Tat noch nicht 21 Jahre alt waren, darf die Todesstrafe nicht voll- streckt werden.“ Emminger trat also für die Beibehaltung der Todesstrafe ein. Gegenüber den sozialdemokratischen Aeußerungen betonte er, daß die Todesstrafe abschreckend wirke. Für Massenmord, mehrfachen Mord, Mord im Rück- falle, Luftmord, Elternmord usw. müsse die Todesstrafe in erster Linie bleiben.

### Die weitere Aussprache im Strafrechtsausschuß.

Im Strafrechtsausschuß wandte sich dann Dr. Bell (Str.) dagegen, daß bei der Stellungnahme zur Todesstrafe von human und inhuman, fortschrittlich und reaktionär ge- sprochen werde. Allein zu erwägen sei, ob die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft es vertrage, daß wir jetzt schon die restlose Abschaffung der Todesstrafe und ihre Be- seitigung in der Strafanordnung verantworten können.

Abg. Dr. Hanemann (Dnat.) wies darauf hin, daß in der Praxis die Staaten auf die Todesstrafe nicht ver- zichten können. England, Frankreich, Italien und die Schweiz hätten die Todesstrafe wieder eingeführt. Beim

gegenwärtigen Zustande der Kriminalität glaube keine Fraktion noch nicht auf das äußerste Strafmittel verzichten zu können. Die weitere Beratung wurde auf Dienstag vertagt.

### Bei Präsident Coolidge zu Gast.

Ansprachen bei dem großen Festessen zu Ehren der Zeppelin-Bejagung.

New York. Auf dem großen Festessen zu Ehren der Be- jagung des „Graf Zeppelin“, das in New York am Mittwoch stattfand, dankte der Reichstagsabgeordnete Prof. H o e s s i c h, der sich zur Zeit in New York aufhält, Dr. Edener namens des Deutschen Reichstages, der mit dem deutschen Volk alle weiteren Pläne Dr. Edeners unterstützen werde. Neben der durch die Amerikafahrt geschlagenen Brücke müsse auch eine Brücke für den Weg zur endgültigen Reparationsregelung innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit gebaut werden. Hierauf sprach der Oberbürgermeister Walker für die Stadt New York und Generalconsul Lewin für den Namen der Reichsregierung. Am Donnerstag waren Dr. Edener und seine Offiziere Gäste des Präsidenten Coolidge im Weißen Hause.

### 14 Millionen Dollar für den Bau neuer Luftschiffe.

Wie die Blätter aus New York melden, hat Dr. Edener Besprechungen mit einer Anzahl amerikanischer Kapitalisten. Es handelt sich um die Gewährung von Krediten. Von den 14 Millionen Dollar, die als wünschenswerte Summe genannt worden seien, seien 8 Millionen für den Bau von vier neuen, noch größeren Luftschiffen und die übrigen 6 Millionen für den Bau von Lan- dungsplätzen in Amerika und Europa bestimmt. Man glaube, daß bei Einrichtung eines regelmäßigen transatlan- tischen Luftdienstes die Zahl der Passagiere verhältnismäßig gering sein werde, da es viel vorteilhafter wäre, Briefe zu 50 Cents (2 Rm.) das Stück zu befördern als Passagiere zu einem Fahrpreis von je 3000 Dollar.

### Der künftige Zeppelin-Hafen in der badischen Rheinebene.

Friedrichshafen. Zu den aus Amerika kommen- den Nachrichten, wonach Dr. Edener für die Einrichtung regelmäßiger Luftschifflinien zwischen Deutschland und Amerika den Bau eines Abflughafens in der Nähe von Basel empfohlen habe, erfährt man von dem Generaldirektor des Zeppelin-Konzerns, Kommerzienrat C o l s m a n, daß äh- nliche Pläne tatsächlich schon seit längerer Zeit beim Luft- schiffbau bestehen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß Friedrichs- hafen für große Verkehrsluftschiffe, die erhebliche Mengen Post und Fracht tragen sollen, ein ungünstiger Abflughafen wäre, weil das württembergische Städtchen rund 400 Meter über Meereshöhe liegt, also ein Höhenniveau besitzt, bei dem die Luftschiffe einen um etwa 4 Tonnen geringeren Auftrieb besitzen als von tiefer gelegenen Gelände.

Hinzu kommt, daß die meteorologischen Verhältnisse in Friedrichshafen häufig durch die sogenannte Föhnlage, den von den Schweizer Bergen kommenden, quer zu den heutzigen Werftanlagen stehenden Südwind, beeinflusst werden. Wesentlich günstiger liegen dagegen die Verhältnisse in der badischen Rheinebene, zwischen Basel und Baden-Baden. Bekanntlich hat man Erfahrungen über die dortigen Ver-

